

Beschluss (vorläufig)

Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen, Menschen retten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.
2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms,
3 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch
4 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem
5 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz
6 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität.
7 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von Flucht
8 und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer weiter aus
9 den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns
10 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seite der Seenotretter*innen und solidarisieren uns
11 mit Menschen auf der Flucht.
- 12 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. CDU und CSU
13 stimmten im Europaparlament gegen eine Haushaltslinie für die Seenotrettung und gegen eine
14 Resolution, die sich für staatliche Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und
15 Transparenz über Seenotrettungsfälle aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich Italien,
16 Malta, Frankreich und Deutschland auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten einigten,
17 brachte keine Lösung und wurde von den europäischen Innenministern blockiert.
18
- 19 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance, die
20 Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert,
21 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot Gerettete tage-
22 und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September hat sich in
23 Luft aufgelöst.
- 24 • libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die "Alan
25 Kurdi", deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
 - 26 • Der deutsche Innenminister forderte kurz nach dem Angriff auf zivile Seenotrettung
27 einen Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die gewalttätigen
28 Milizen
 - 29 • Nach seiner konstruktiven Rolle in den vergangenen Monaten beim Abschluss des Malta-
30 Deals tritt der deutsche Innenminister nun wieder für Asylverfahren an den
31 Außengrenzen ein statt für eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden. Damit nehmen er
32 und die Bundesregierung in Kauf, dass unmenschliche Situationen an den Außengrenzen
33 und Hafenschließungen durch Küstenstaaten verstetigt werden.

- 34 • In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedsstaat Malta gezielt
35 libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone nach
36 Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales Recht
37 und europäische Werte.

38 **Deswegen setzen wir als Bündnis 90/Die Grünen uns dafür ein, dass:**

- 39 1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung endlich beendet wird. Es ist eine Frage des
40 politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das auch auf dem
41 Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende Menschen jedes
42 Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen ideell zu
43 unterstützen, sondern als EU selbst aktiv zu werden und endlich ein europäisch
44 organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen. **Solange sollen**
45 **die Bundesregierung und die Bundesländer selbst einen aktiven Beitrag zur**
46 **Seenotrettung leisten und alle Möglichkeiten einer konkreten Unterstützung prüfen.**
47 .
- 48 2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine aufgeklärte
49 Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei
50 unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen einfahren zu können und**
51 **von dort aus operieren zu können.** Das Scheitern einer gemeinsamen Europäischen
52 Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs darf nicht
53 länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe ausgetragen werden.
54 Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche Steine in den
55 Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für die libysche Küstenwache reden.
56 Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich gemacht werden,
57 insbesondere die Schiffe im Umfeld sollten im Sinne des internationalen Rechts
58 schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um Rettungsaktionen
59 einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass Rettungen
60 verzögert werden.
- 61 3. ... **eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen Außengrenzen ankommen**
62 **und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine schnelle Verteilung
63 kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und unwürdige
64 Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss die
65 Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Asylsuchende an den Außengrenzen Europas
66 müssen zuverlässig registriert und erstversorgt sowie ihre Daten abgeglichen werden.
67 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren und gemeinschaftlich
68 vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die Vermengung dieser wichtigen
69 grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und Flüchtlingsaufnahme
70 ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische
71 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten.
72 Grenzschutz darf nicht bedeuten, dass niemand mehr reinkommt. Externalisierung von
73 Lagern, Pre-Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den Außengrenzen sowie
74 Auffang- und Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab. **Außerdem müssen**
75 **die Spielräume zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten Regionen,**
76 **Bundesländern und Kommunen genutzt und erweitert werden.** Dafür sollen die Länder-
77 Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des §23(1) Aufenthaltsgesetzes ausgenutzt
78 werden.
- 79 4. ... **sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir befürworten eine Ausweitung der
80 Resettlement und Relocationprogramme, aber auch der Landesaufnahmeprogramme. Die EU-
81 Länder müssen ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR ermittelten Resettlement-

82 Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das individuelle Asylrecht wird
83 dadurch nicht angetastet. So nehmen wir unsere humanitäre Verantwortung gegenüber
84 besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr – beispielsweise aus UN-
85 Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei. Zugleich wollen wir die
86 Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte wieder grundrechtskonform ermöglichen
87 und setzen uns für humanitäre Visa ein. Die Möglichkeit der Kommunen und Bundesländer,
88 eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen aufzunehmen sollten deutlich verbessert
89 werden.

90 5. **...der Schengen-Kodex eingehalten wird.** Völkerrechtlich unzulässige Zurückweisungen
91 von Geflüchteten an den innereuropäischen Schengen-Grenzen darf die EU nicht weiter
92 akzeptieren. Sie muss sicherstellen, dass in den EU-Staaten sowohl an den
93 innereuropäischen als auch Außengrenzen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit
94 gewährleistet werden.

95 6. **... die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird,** so lange ihre
96 Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen an den Ort
97 zurückbringen, von dem sie gerade fliehen mussten. Im Gegensatz zu Hilfsorganisationen
98 sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch sind sie für
99 die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung durch die EU gibt
100 es an Bord der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. In Libyen selbst
101 sind Geflüchtete einer unmenschlichen und ausweglosen Lage ausgesetzt, mit
102 Gefangenenlagern, willkürlichen Erschießungen, Vergewaltigungen und Sklaverei. Die
103 Bundesregierung muss sich deshalb viel stärker mit eigenen Kontingenten für die
104 Notevakuierung von Flüchtlingen aus den libyschen Gefangenenlagern einsetzen.